

Bezirke

# „Sozial-ökologisches Kommunikationsnetz“

## Veränderung der politischen Kultur durch direkten Dialog zwischen Parteien und ihren Wählern

**Wedding:** Die Weddinger SPD-Fraktion lehnt die geplante „Doppellösung“ für die Bernauer Straße, die den Ausbau des ehemaligen Mauerstreifen zur Straße vorsieht, ab. Nach dem Stillstand drohe dort jetzt der „Gigantismus“, so die SPD-Fraktion. Sie fordert eine stadtverträgliche Gestaltung der Bernauer Straße und eine stadtgesehichtliche Rekonstruktion des Straßenzuges.

„Wir bleiben bei unserer auch mit dem Bezirksamt in Mitte abgestimmten Planung, auf dem ehemaligen Mauerstreifen Wohnen mit sozialer Infrastruktur zu realisieren“, erklärt die Fraktionsvorsitzende Hannelore Jahn. Außerdem sei schon jetzt klar, daß der verkehrlich optimierte Ausbau der Bernauer Straße an dem Nadelöhr der Kreuzung an der Schönhauser Allee scheitern werde.

Christian Hanke, verkehrspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion Wedding, hält es darüber hinaus für notwendig, den Streckenverlauf und die Netzintegration der geplanten Straßenbahnlinie nochmals zu überprüfen. Kritisch sei beispielsweise die beabsichtigte Einrichtung von „Zeitsinsel“-Haltestellen, bei denen die Straßenbahn zeitweilig zum Ein- und Aussteigen benutzt wird. Zum einen seien sie nicht behindertengerecht, zum anderen auch noch gefährlich. Prinzipiell sei der Bau der Straßenbahnlinie zwar zu begrüßen, aber in der Streckenführung könne das letzte Wort noch nicht gesprochen sein, so Christian Hanke.

**Neukölln:** Das Büro der Frauenbeauftragten Renate Bremmert-Hein hat eine neue Broschüre mit dem Titel „Frauenorte, Frauenplätze, Frauenbrücken“ veröffentlicht. Sie dient als Wegweiser für Frauen durch Neukölln. Die Broschüre kann gegen Einsendung von 1,50 Mark in Briefmarken unter folgender Adresse angefordert werden: Bezirksamt Neukölln, Frauenbeauftragte Renate Bremmert-Hein, Karl-Marx-Str. 83, 12040 Berlin.

**Spandau:** Angesichts der jetzt veröffentlichten Zahlen über die Zunahme des Flugverkehrs 1995 hat der Bundestagsabgeordnete Wolfgang Behrendt eine sofortige Verringerung des Flugverkehrs auf dem Flughafen Tegel gefordert. Mit 20 Prozent mehr Starts und Landungen hat der Flughafen Tegel 1995 die größte Verkehrszunahme verbucht. Die Belastung der Anwohner durch den Fluglärm ist dementsprechend gestiegen.

Wolfgang Behrendt fordert deshalb, Charterflüge und Interkontinentalflüge nach Schönefeld zu verlagern. „Darüber hinaus“, so Wolfgang Behrendt, „haben die Bürgerinnen und Bürger im Norden und Westen der Stadt einen Anspruch darauf, zu erfahren, wie lange sie noch mit dem Flughafen Tegel leben müssen. Deshalb ist eine schnelle Entscheidung über den endgültigen Standort des Berliner Zentralflughafens notwendig.“ Gleichzeitig müsse mit der Entscheidung ein verbindlicher Zeitplan für die Schließung der Flughafen Tegel und Tempelhof beschlossen werden.

**Tiergarten:** Das Bürgerbüro der SPD-Fraktion in der BVV Tiergarten hat ab sofort monatliche „Bürgergespräche“

**Wie läßt sich Politik wieder „gesellschaftsfähig“ und umgekehrt die Gesellschaft wieder politikfähig machen? Albert Reinhardt, SPD-Mitglied aus dem Bezirk Wedding, schlägt die Einführung eines „sozial-ökologischen Kommunikationsnetzes“ vor, durch das sich Bürgerinnen und Bürger wieder besser vom politischen System repräsentiert fühlen und Politikerinnen und Politiker gleichzeitig stärker legitimiert würden.**

Die Tatsache, daß wir uns unsere Demokratie nicht ursprünglich selbst erhalten bzw. (wieder-)verschafft, sondern „nur“ von den Alliierten geschenkt bekommen haben, läßt uns trotz eines fast 50jährigen Einübungs- und Aneignungsprozesses jeden Veränderungsvorschlag als grundlegenden „Angriff“ auf unser demokratisches Selbstverständnis empfinden. Doch auch ein demokratisches System muß entsprechend der gewaltigen Veränderungsanforderungen unserer Gesellschaft anpassungsfähig bleiben, nicht zuletzt, um sich selbst zu erhalten.

Der folgende Vorschlag sollte keineswegs als ein „fertiges Konzept“ mißverstanden werden, sondern vielmehr Einzelpersonen, sowie Bürgerinitiativen, politische Gruppen, Verbände und alle Parteien dazu auffordern, (eventuell) vorhandene Denkblockaden abzulösen und sich unser zukünftiges politisches System als eine Art „so-

zial-ökologisches Kommunikationsnetz“ vorzustellen.

Ich plädiere dafür, mittels Meinungsbefragungen den direkten Dialog zwischen einer Partei und ihrem Wahlvolk zu ermöglichen. Dadurch wäre Politik nicht nur differenzierbarer und interessanter als heute, Parteien und ihre Programme erhielten gleichzeitig wieder ihre Identifikationsfähigkeit, quasi als „Bindemittel“ für und zwischen den verschiedenen gesellschaftlichen Sub-„Gruppen“.

Der Intention, das Volk durch Volksentscheide und die damit verbundenen Meinungsbildungsprozesse am politischen Leben und somit der Verantwortung für unser Gemeinwesen zu beteiligen, steht das Mißtrauen und die Angst vor einem Bürger gegenüber, der per Volksentscheid das „Verfahren an sich zieht“, und somit gesetzlich bindende Entscheidungen nach „gesundem Volksempfinden“ und einfachem Ja-Nein-Schema getroffen werden. Insbesondere die Beeinflussbarkeit dieser „Volksempfindungen“ durch charismatische Persönlichkeiten oder manipulierende Medienmacht ist es, was uns aus Erfahrung klug gemacht haben sollte.

Nur ein Lösungsansatz, der die Menschen so respektiert, wie sie sind, und nicht auf ein völlig neues politisches Verfahren setzt, sondern das vorhandene System dazu konditioniert, sich selbst weiter zu optimieren, könnte uns aus der festgefahrenen Situation befreien

und neue Handlungsperspektiven eröffnen. Jenseits aller Ideologien geht es darum, die Politik wieder „gesellschaftsfähig“ und somit umgekehrt unsere Gesellschaft wieder politikfähig zu machen.

Die Einführung der Meinungsbefragung des jeweiligen Wahlvolkes einer Partei als Beteiligungsverfahren würde nicht mit der in Paragraph 38 GG gesicherten Gewissensfreiheit der Abgeordneten kollidieren, weil dies auf Parteebene stattfände und somit lediglich den Verfassungsanspruch von Artikel 21 GG stärker als bisher zur Verfassungswirklichkeit werden ließe: „Die Parteien wirken bei der politischen Willensbildung des Volkes mit.“

Hauptziel dieses Konzepts ist die Veränderung der politischen Kultur. Die Art und Weise, wie Menschen in ein interaktives Kommunikations- und Entscheidungsnetz einbezogen werden, schafft die Rahmenbedingungen dafür, daß notwendige gesellschaftliche Innovationen nicht mehr durch „Industriezwänge“ fremdbestimmt werden, sondern durch die Gesellschaft „sich selbst verständigend“ definiert werden und anschließend „reibungärmer“ kulturell verfestigt werden können.

Ein solcher Prozeß würde es ermöglichen, daß sich die Gesellschaft nicht nur leichter ihre Identität bildenden Werte schaffen könnte, sondern daß sie sich auch selbst die notwendigen Einschränkungen und Belastungen auferlegen könnte, die sie für ihre Zukunftssicherung braucht.

Auch die Interessenvermittlung und die kulturelle Verständigung zwischen unseren Ost-/West-Teilgesellschaften ließe sich mittels dieses für beide Seiten neuen Modells der medialvernetzten „Runden Tische“ besser vorstellen.

Mein Vorschlag würde es Parteien ermöglichen, Wähler noch stärker in die parteiinternen Entscheidungsstrukturen mit einzubeziehen, so wie dies die SPD bereits für ihre Mitglieder möglich gemacht hat.

### I. Wahl-Mitgliedschaft

Jeder Wähler hat die Möglichkeit, durch die Wahl der SPD gleichzeitig Parteimitglied zu werden. Für vier Jahre ist er dann sogenanntes „Wahl-Mitglied“. Wahl- und Parteaufnahme geschehen nachweislich durch vorgezogene „Briefwahlen“ auf privater Ebene. Als „Vor-Wahlbüro“ dienen dezentrale Datenverarbeitungsinstitute in den Wahlbezirken, welche notarieller Datenschutzkontrolle unterliegen, analog zu den parteinahen Stiftungen, unabhängig von den Parteien.

### II. Festlegung des Programm-Profiles durch die Wahl-Mitglieder

1. Jedem Parteimitglied stehen acht Programm-Profilstimmen zur Verfügung, die es gemäß seines Interesses für bestimmte Sachgebiete einsetzen kann.
2. Mit bis zu drei Stimmen pro Sachgebiet kann das Mitglied seine Interessengebiete gewichten und damit das Parteiprogramm-Profil mitbestimmen (z.B. 3 Stimmen Umweltschutz, 2 Stimmen Frauen, 1 Stimme Wohnungsbau und 2 Stimmen Arbeit).

### III. Machtverteilung innerhalb der Partei

1. Entsprechend der prozentualen Verteilung der Profil-Stimmen werden die Plätze in den Ausschüssen verteilt.
2. Alle Vertreter der Arbeitsausschüsse zusammen bilden das oberste Gremium, das „Partei-Plenum“.
3. Der größte Arbeitsausschuß schlägt den Vorsitzenden vor.
4. Die Abwägung der parteiinternen Interessen zwischen den Arbeitsausschüssen lassen sich im „Partei-Plenum“ nach den Geschäftsordnungen der jeweiligen Parlamente auf Bundes-, Landes- oder Kommunalebene regeln. Im „Partei-Plenum“ werden die für die Partei bindenden Beschlüsse gefaßt und Vertreter für die verfassungsmäßigen Parlamente gewählt.

### IV. „Nach-Frage-Wahl“

Auch außerhalb der regulären Wahlen ist eine Beteiligung der Parteimitglieder in Form von Meinungsumfragen vorgesehen. Als Medium könnte eine Parteizeitung dienen, in welcher sich die Parteimitglieder oder Experten in kurzen, leserbriefartigen Stellungnahmen und Artikeln sowohl ihre Pro- und Contra-Positionen wie auch eigene Lösungsvorschläge gegenseitig mitteilen könnten, wie dies heute schon in der BERLINER STIMME geschieht. Neu wäre, daß sich in der Anlage dieser Zeitung ein maschinenlesbarer Fragebogen befände, mit dessen Hilfe jedes Parteimitglied seinen Beitrag zum Gesamtmeinungsbild leisten könnte. Wiederrum soll der Fragebogen in dem genannten Datenverarbeitungsinstitut ausgewertet werden. Die Partei erhält die statistische Auswertung als „Erwartung“ ihrer Wahl-Mitglieder mitgeteilt.



Ein Beispiel für die Demokratisierung parteiinterner Entscheidungen: die Urwahl der Berliner SPD im vergangenen Jahr. Foto: Glaser

## Forum

### Grundwerte

Einig war sich der Landesparteitag am 17. Januar, daß die Politik der neuen, Großen Koalition durch eine neue Qualität des Sparens bestimmt wird, d.h. durch die drastische Reduktion dessen, was diese Landesregierung für die von ihr Regierten ausgeben wird.

Da sollen nun beispielsweise Kinder, die in einer öffentlichen Bibliothek ein Buch ausleihen wollen, eine Jahresgebühr von 10 bis 20 Mark für ihren Benutzerausweis zahlen. Mehr wird dagegen das, was diese Landesregierung an Zinsen an die Banken zahlen wird: von 2,4 Milliarden Mark 1995 bis auf 4,3 Milliarden Mark 1999. Auch nur der Gedanke, daß auch die Banken auf einen Teil ihrer Ein-

terhin tabu. Dies zeigt, wer sich nimmt und wem genommen wird!

Dies paßt ins Bild der Zahlen über die Einkommensentwicklung, die der DGB gerade veröffentlicht hat. Während die Unternehmerein-kommen weiterhin pro Jahr über 10 Prozent wachsen, sinkt der Anteil der Arbeitnehmerinkommen am Bruttosozialprodukt seit Jahren immer weiter. Dies ist die Schere der Umverteilung von unten nach oben, die die Systeme der sozialen Sicherung in den Ruin treibt und die den Ruin der kommunalen Haushalte mitbewirkt. Aber die Mehrzahl der Verantwortlichen unserer Partei stimmt ein in den Chor, der die Notwendigkeit der Senkung der Arbeitskosten predigt!

Dies bringt mir den sozialdemokratischen Grundwert Verteilungsgerechtigkeit in Erinnerung: die

Verteilung zwischen Arbeitnehmern und Unternehmern. Verteilungsgerechtigkeit - nicht in dem pervertierten Sinn einer „gerechten“ Verteilung des Abbaus zwischen verschiedenen Gruppen von Arbeitnehmern, zwischen verschiedenen Ansprüchen auf öffentliche Leistungen wie Kita, Schule, Universität, etc.

Die vorliegende Koalitionsvereinbarung ist unvereinbar mit dem Grundwert der Verteilungsgerechtigkeit. Sie bedeutet einen qualitativen Sprung in der Abkehr von sozialdemokratischen Grundpositionen. Dies ist ihre Grundlinie, trotz der kosmetischen Erfolge, die die CDU bereit war zuzugestehen, um für sich die Hauptsache zu sichern. Für die SPD und die Mehrheit der Menschen bleibt dagegen die Hauptsache auf der Strecke.

man sich die Frage nach der Zukunft des eigenen politischen Handelns stellen. Ich sehe die Quelle des Fortschritts dort, wo sich Widerstand und Protest gegen die Abbaumaßnahmen der großen Koalition artikuliert. Dort werden die sozialdemokratischen Grundwerte verteidigt - nicht durch das Handeln der GenossenInnen im Senat. Diesen Widerstand und Protest zu unterstützen und in der Partei für andere Mehrheiten zu kämpfen, darin sehe ich die Zukunft meines politischen Handelns.

Klaus Schröer, Tiergarten

### Renten

(Zu „Ostlöhne steigen nur langsam“, BS vom 27.01.1996)

eine Erhöhung zu reduzieren, also das Tempo der Rentenerhöhung zu verlangsamen.

Wenn man dann dieser Tage liest, daß der Vorstoß Rudolf Dreßlers für die SPD, das Rentenstrafrecht endgültig abzuschaffen, wieder daran scheiterte, daß die CDU auf das Nebengleis „Stasi“ ablenkte (übrigens soll sich auch Regine Hildebrandt auf dieser Linie bewegen), so wird hier ebenfalls eine Rentnergruppe zusätzlich betroffen; die seit fünf Jahren auf Zahlung ihrer erworbenen Rentenrechte wartet.

Bedenkt man solche kuriosen Umstände, daß Bürger aus Bernau und Berlin - beide in gleicher Funktion und Entlohnung zu DDR-Zeiten beschäftigt - nur deshalb unterschiedlich berentet werden, weil sie in Hauptstadt und Bezirk tätig waren, so muß doch größte